

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/059(V)13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Unterausschuss Jugendhilfeplanung	Montag, 07.05.2013	Jugendamt, Zimmer 536 W.-Höpfner-Ring 4	08:30Uhr	10:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung, Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.2013 und 24.04.2013	
	verantwort.: Herr Schwenke	
2	A0054/13 - Übertragung der städtischen Streetworker	
	verantwort.: Herr Dr. Klaus	
3	A0055/13 - Anpassung Personalkosten	
	verantwort.: Herr Dr. Klaus	
4	Ziele und Arbeitsschwerpunkte des Jugendamtes	
	Verantw.: Herr Dr. Klaus	
5	Stand KiFöG LSA	
	Verantw.: Herr Dr. Klaus	
6	Verschiedenes	
	Nichtöffentliche Sitzung	
7	DS-Entwurf Fortführung Schulsozialarbeit	
	verantwort.: Herr Dr. Gottschalk	
8	DS-Entwurf BIB-Programm	
	verantwort.: Herr Dr. Gottschalk	

Anwesend:

Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Tietze, Erika

Kanter, Liane

Klaus, Detlev Dr.

+ Anwesenheitsliste

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung, Genehmigung der Niederschrift vom 08.04.2013 und 24.04.2013

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen, 5 Mitglieder sind anwesend;

Absprachen zur Tagesordnung

- die Genehmigung der Niederschrift 08.04.2013 erfolgt in dieser Sitzung, die NS vom 24.04.2013 wird in der nächsten Sitzung abgestimmt
- TOP 5 wird vorgezogen
- die Tagesordnung wird **einstimmig** bestätigt;

5	Stand KiFöG LSA	
---	-----------------	--

- fehlende Mitwirkung UA/Juhi wird angesprochen, Umsetzungsstand MS angefragt (Stand, Umsetzung, Unterstützung MS)
- Herr Dr. Klaus – informiert über DS sowie Änderungsantrag des OB, Anlagen, Berechnung KB; Verordnung § 24/Tagespflege Termin derzeit fraglich, Umsetzung, offene Aufgaben, etc.
- hinsichtlich der Anhörung haben sich 18 Kita-Träger zum Termin zurück gemeldet, 13 Träger haben bisher nicht reagiert, bei dem Großteil der Rückmeldungen handelt es sich um Zustimmungen (8 Zustimmungen, 3 Ablehnungen – Zusammenfassung folgt mit Änderungsantrag zur DS)
- Vorschlag bestand auch zur 4stufigen Zeitstaffelung, Geschwisterstaffelung in der Regel begrüßt; Erhebung der Kostenbeiträge durch Stadt (Nachvollziehbarkeit der Berechnungen) – erscheint Trägern schwierig, u. a. Nähe zu Eltern wird aufgegeben; Absenkung der Schuldner durch Trägerarbeit gefährdet
- Stadtelternbeirat hat positiv Stellung genommen
- 23.05. Sitzung des Juhi – intensive Diskussion
- Hortregelung/Ferienbetreuung in Rückmeldungen ebenfalls akzeptiert
- Richtlinienanpassungen wurde in Vorbereitung aus Projektgruppe mit dem Ziel der Vorstellung vor der Sommerpause angekündigt

2. A0054/13 - Übertragung der städtischen Streetworker

- die Organisationshoheit hinsichtlich Personal liegt beim Oberbürgermeister, die Firma Rödl & Partner empfahl inhaltlich die geänderte Zuordnung, wird in Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung berücksichtigt, die DS ist in Vorbereitung
- wie findet der Antrag Berücksichtigung in der DS 2. Planungsschritt? nächste Beratung zur DS0120/13 sollte mit Diskussion vor dem Hintergrund aufsuchender Arbeit erfolgen
- Herr Nordmann – es geht nicht nur um die Übertragung von vier Stellen, sondern auch die Übergabe der Personal- und Sachkosten etc.
- V/02 – in Planung ist die Arbeit inhaltlich einbezogen, strukturell/organisatorisch nicht
- Herr Nordmann – wie wirkt sich Streetwork auf den 2. Planungsschritt aus, Vermischung hinausreichende Arbeit und Streetwork sollte vermieden werden
- ggf. Klärung über Änderungsanträge zur Drucksache 0120/13 – Ziele und Wirkungskreis Streetwork zum nächsten Unterausschuss präzisieren

- Klärung – Personalkosten gehen mit MA von der Fachabteilung 51.3 in die Abt. 51.2 (Entwurf DS Umsetzung OrgU)
- eingeschränkte Leitungs-/Produktverantwortung bzgl. Bewirtschaftung der Personalmittel in FB 01 nach Doppik, DKPK 51 nicht aufhebbar

3	A0055/13 - Anpassung Personalkosten	
---	-------------------------------------	--

- Ziel des Antrages: Gleichbehandlungsmöglichkeit mit KiFöG, 100 % Personalkostenübernahme leistbar, auch kommunale Mitarbeiter/-innen werden zu 100 % nach TVöD finanziert
- Frau Dr. Arnold – die Tarifeinstufung liegt in Verantwortung der Träger
- Deckungsmöglichkeit nicht aus DKPK, liegt außerhalb des Beschlussrechts des Jugendhilfeausschusses
- Eigenmittel: unbar – bar, Teilnehmerbeiträge, Drittmittel, Spenden – hier bietet sich eine breite Palette
- § 74 (1) „angemessene Eigenleistungen“ – 10 %, Richtlinie und Überblick vor der Förderung
- Diskussion, Schwierigkeiten der Aufbringung unterschätzt, Eigenanteil sollte zurück geschraubt werden, Überschneidungen mit tUA und Vorhaben auf LV-Umstellung, Finanzen in Abhängigkeit von Zukunftssicherung und Priorität wären sicher vorhanden
- Antrag hat Charme, bietet auch Entlastung für die Fachkräfte, aber woher sollen zusätzliche Finanzmittel kommen
- A0055/13 – Anpassung Personalkosten – wird zur Beratung in den thematischen Unterausschuss verwiesen

4	Ziele und Arbeitsschwerpunkte des Jugendamtes	
---	---	--

- Dr. Klaus erläutert kurz das Material, welches allen schriftlich seit dem letzten Jugendhilfeausschuss vorliegt und bietet an, gezielte Fragestellungen zu erörtern
- Frau Kanter - laufende Nr. 10 und 11 der Liste beschreiben die Planung der Leistungsbereiche §§ 11 bis 16 SGB VIII, diese sollte auch zusammen geführt werden, wurde bereits in den UA-Sitzungen zur Lesung 2.PS mehrmals darauf hingewiesen
- Dr. Klaus verweist auf eine klare Aufgabenstellung des Jugendhilfeausschusses zum 1. und 2. Planungsschritt, beide Planungen derzeit zusammen zu legen, ist aus inhaltlich-fachlicher Sicht und nachträglich nicht möglich; § 13 z. B. in guter Tradition im „BIB“ geplant wird
- Dr. Gottschalk ergänzt, dass eine Einigung im letzten UA dahingehend erzielt werden konnte, dass eine Verknüpfung in beiden DS dargestellt wird, eine übergreifende Orientierung kann in den Umsetzungskonzepten erfolgen, eine übergreifende Fortschreibung der Planung ist ab 2016 vorgesehen, in 2014/2015 muss prozesshaft eine Angebotsevaluierung, Leistungsprüfung und -einschätzung erfolgen
- keine weiteren Fragen, Material wird z. K. genommen

6	Verschiedenes	
---	---------------	--

- Frau Kanter – Probleme mit der Prüfgruppe des Dezernats, MA gehen zu Trägern und holen bestimmte Informationen ein, bisherige Prüfungen neben der neuen Form irritiert die Art und Weise erscheint nicht ganz korrekt, administrative Gesprächskultur existiert nicht, warum werden Prüfungen nicht in Gremien angekündigt, demokratischen Prinzipien angepasst?

- Frau Tietze – Umfang erschreckt an der Stelle, kein offenes Miteinander, es werden Erkundigungen im Umfeld eingeholt
- Herr Nordmann – das Anliegen ist nachvollziehbar, die Überraschung der Träger erstaunt, spontane Prüfungen sind wichtig, erfolgen auch in kommunalen Einrichtungen – kontinuierliche Begleitung auch mit studentischen Hilfskräften möglich
- Frau Kanter – nicht die Prüfung an sich irritiert, sondern die demokratische Beteiligung fehlt
- Herr Dr. Klaus – Bericht der Verwaltung im Juhi – Prüfgruppe ist Teil der laufenden Verwaltung (Bedarf, Zielerreichung, Planung), Förderung und Zuwendungsrecht wird ergänzend geprüft für das gesamte Dezernat, sehr guter und informativer Rücklauf bisher
- Nächster Unterausschusstermin: 30.05.2013, 11:00 Uhr, W.-Höpfner-Ring 4, Z 403
- Frau Kanter kommt zur Sitzung 08:10 Uhr
- Herr Nordmann kommt zur Sitzung 08:20 Uhr
- Herr Schwenke verlässt die Sitzung 10:00 Uhr, Sitzungsleitung wird durch Hr. Nordmann übernommen

Nichtöffentliche Sitzung

7	DS-Entwurf Fortführung Schulsozialarbeit (SSA)	
---	--	--

- Herr Dr. Gottschalk gibt einen Überblick und informiert hinsichtlich Zeitschiene, DS soll am 04.07.2013 im Stadtrat vorliegen
- Bewertung und Priorisierung erfolgte in AG/Workshops mit Fachkräften, Verfahren erscheint zukunftssicher
- Problem: Zuordnung der Ressourcen an Standorten nicht ausreichend und langfristig gesichert, Projektmittel (Mittel aus dem bestehenden BuT-Paket) nur bis 2015 sicher, neue Standorte sind vom Grundsatz her nicht zu empfehlen, da die Langfristigkeit in der Förderung derzeit nicht gegeben ist (SSA benötigt ca. 1-2 Jahre Anlaufzeit für Integration an einem Schulstandort). Ausnahme bildet die GS „Am Glacis“, welche in der Bewertung der Notwendigkeit an vorletzter Stelle liegt (der Standort sollte deshalb für einen Standort mit hoher Bewertung, wie der GS Kannenstieg, aufgegeben werden). Das Verfahren zur Erarbeitung der Rangreihe und Prioritätenfolge muss fortgesetzt und ggf. überarbeitet werden
- 2016 muss SSA auf neuer aktualisierter Planungsgrundlage umgesetzt werden, Neukonstituierung, bis Mitte 2015 ist die Planung abzuschließen, inhaltliche Zusammenführung mit Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit ist geplant
- bisherige Finanzierung über BuT wird fort geführt unter der Prämisse der Sicherung der bisherigen Standorte und einer reduzierten Stundenzahl (von 30 auf 20 Std./Wo.) bei 3 Förderschulen und 2 Grundschulen, da ab 2014 ca. 50 TEUR weniger als bisher zur Verfügung stehen
- Herr Nordmann – Punkt 5 der Beschlussvorlage ist Vorratsbeschluss, besser als Möglichkeit formulieren, Anspruch an Evaluation gesichert?
- Seite 6 „Kostenplanung ...“, Absatz streichen, da BuT-Mittel
- „Bericht zur Bewertung der Ergebnisse...“ statt „Evaluation“ einfügen
- Land plant 2016 bis 2020 Anpassung, warum Stundenreduzierung bei Förderschulen, Sekundarschulen haben höheren Rang und Förderschulen noch mehr Möglichkeiten/ Voraussetzungen an Personal, Kritik: Förderschulen haben höhere Schülerzahlen, die Kriterien der Benachteiligung aufweisen, Alternativen fehlen (schulisch) eher, auch

Finanzierung notwendig - Forderung nach Deckung des Fehlbetrages, um Stundenreduzierung zu vermeiden

- Deckelung der BuT-Mittel liegt bei 800 TEUR – keine anderen Mittel vorhanden
- das Ziel beinhaltet ebenfalls, bewährte Arbeit und Standorte zu sichern
- die Deckungslücke/-möglichkeiten für die Erweiterung sollten durch die Verwaltung geprüft werden, innerhalb des Budgets nur zu Lasten anderer Standorte möglich

8	DS-Entwurf BIB-Programm	
---	-------------------------	--

- Material liegt vor, Schulsozialarbeit herausgelöst, Strategie bis 2015 beschrieben
- „Evaluation“ wiederum ersetzen
- Warum betreibt die Landeshauptstadt Jugendwerkstätten? Es sollten andere Kostenträger geprüft und gefunden werden.
- Anlage 2 aus „Aufbau“ – „Ausbau“
- Finanzierung der Maßnahmen an den Schnittstellen SGB II,III,VIII ist weiterhin zu überprüfen. Jobcenter engagiert sich u. a. mit dem JiM-Projekt in diesem Bereich. Berufsberatung achtet zunehmend darauf, dass nur Jugendliche mit entsprechenden sozialen Kompetenzen in die Berufsvorbereitungsmaßnahmen einmünden (Maßnahmeerfolg sichern). Landeshauptstadt als Ausfallbürge? § 13 SGB VIII umfasst den Auftrag zur Persönlichkeitsentwicklung – diese Zielstellung findet sich explizit im SGB II und III nicht.
- Jugendhilfeplanung sollte Maßnahmebedarf untersetzen, Einbeziehung des Jobcenter und der Agentur für Arbeit, auch neues Bundesprogramm „Jugend stärken plus“ 2014-2020
- Begleitung und Auswertung durch Juhi
- insgesamt wird die Vorbereitung und Vorstellung beider Drucksachenentwürfe durch Verwaltung gelobt

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

*Wigbert Schwenke
Vorsitzender*